

kopie verte

L 17. Nov. 81 16



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
 FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

o.714.1 - GR/ap

3003 Bern, 17. November 1981

AusgeteiltAn den Bundesrat

Botschaft über den Beitritt der Schweiz zur
 Organisation der Vereinten Nationen (UNO)

Stellungnahme zu den Mitberichten

- 1 Mitbericht der Bundeskanzlei vom 29. Oktober 1981
- 11 Beschlussentwurf: Grundsätzlich halten wir die Aufführung von Artikel 8 der Bundesverfassung für vertretbar. Sie entspricht der in den vergangenen Jahren geübten Praxis bei der Genehmigung von völkerrechtlichen Verträgen, und mit dem Beitritt zur UNO werden wir Vertragspartei der Charta der Vereinten Nationen. Wir teilen indessen die Ansicht, dass die Frage des UNO-Beitritts viel komplexer ist und über die Genehmigung der Charta hinausgeht. Wir bringen dies in der Botschaft auch deutlich zum Ausdruck. Deshalb können wir uns der Auffassung der Bundeskanzlei in diesem Punkt anschliessen und sind bereit, uns im Beschlussentwurf auf die stillschweigende Verfassungskompetenz in Belangen der auswärtigen Angelegenheiten abzustützen.
- 12 Botschaft
- 121 Entsprechend der Aenderung im Beschlussentwurf sind wir bereit, den Text über die Verfassungsmässigkeit in der Botschaft im Sinne des Antrags an die Bundeskanzlei abzuändern.



- 122 Im Abschnitt bezüglich der Richtlinien der Regierungspolitik scheint es uns angezeigt, gemäss Antrag der Bundeskanzlei auch auf den Zwischenbericht des Bundesrats vom 5. Oktober 1981 hinzuweisen. Wir gedenken, diesem Antrag zu folgen.
- 13 Bundesblatt: Die Anregung, im Veröffentlichungsvermerk des Antrags nur "ins Bundesblatt" zu erwähnen, nehmen wir an.
- 14 Auflage: Wir gedenken, die erforderlichen Separatabzüge zu veranlassen - wie dies bereits bei den drei UNO-Berichten geschah - und dabei in Rechnung zu ziehen, dass die Nachfrage nach der Botschaft noch grösser sein wird als bei den Berichten.
- 15 Information: Wir schlagen vor, am Tag der Verabschiedung der Botschaft im Rahmen der wöchentlichen Pressekonferenz des Vizekanzlers eine Presseorientierung zu geben. Zu diesem Zweck würde der Vorsteher unseres Departements eine Erklärung des Bundesrates (siehe Beilage) verlesen und würden die Journalisten eine Pressedokumentation mit dieser Erklärung, einem historischen Ueberblick (siehe Beilage), der Charta, der Mitgliederliste und dem Separatdruck mit den Schlussfolgerungen des 3. UNO-Berichts, denen ein Organigramm des Systems der Vereinten Nationen und verschiedene andere Tabellen beigefügt sind, erhalten. Die Pressedokumentation könnte nach unserem Dafürhalten auch den Mitgliedern der eidgenössischen Räte zugeleitet werden.
- 2 Mitbericht des Justiz- und Polizeidepartements vom 2. November 1981
- 21 Beschlussentwurf: Wir ziehen die Formulierung der Bundeskanzlei (vgl. oben Ziff. 11) vor. Die Abstützung auf Artikel 85 Ziffer 5 der Bundesverfassung scheint uns durch die Richtlinien über die Rechtsetzungstechnik überholt zu sein, die 1976 gemeinsam von der Bundeskanzlei und dem Justiz- und Polizeidepartement herausgegeben worden waren und auf Seite 6 namentlich besagen:

"Dans les lois et les arrêtés fédéraux de portée générale ou simple, il suffit d'indiquer la disposition constitutionnelle qui autorise la Confédération à légiférer sur la matière; la compétence de l'Assemblée fédérale (art. 85 cst.) ou du Conseil fédéral (art. 102 cst.) ne doit pas être mentionnée explicitement."

22 Neue Etat-Stellen: Die in der Botschaft erwähnten zusätzlich benötigten Etatstellen berücksichtigen die von der Bundesverwaltung im Kleinen Mitberichtsverfahren geäußerten Wünsche, also auch jene des Justiz- und Polizeidepartements. Wie das Finanzdepartement im Mitberichtsverfahren jetzt anregt, sollte der Beschluss über die Erhöhung des Personalbestandes jedoch zu einem späteren Zeitpunkt gefasst werden (vgl. unten Ziff. 32).

3 Mitbericht des Finanzdepartements vom 2. November 1981

31 Finanzielle Auswirkungen: Im Einvernehmen mit dem Finanzdepartement schlagen wir vor, unter Ziffer 61 den zweiten Abschnitt ab Satz 2 (Seite 145 deutscher und Seite 148 französischer Text) folgendermassen zu formulieren:

"... Als Mitglied würde sich ihr jährlicher Mitgliederbeitrag auf 1,05 Prozent des Gesamtbudgets der UNO belaufen. Für das Jahr 1983 wird dies nach unseren Berechnungen zum Kurs von 1,80 Sfr. pro Dollar einen Betrag von 15'720'500 Schweizerfranken ergeben und der Kommission für transnationale Gesellschaften, sowie ferner die Beiträge, die wir an jene Weltkonferenzen der Vereinten Nationen zu leisten haben, an denen wir mit vollen Rechten teilnehmen. ¹⁾"

Für den dritten Abschnitt schlagen wir - ebenfalls nach Absprache mit dem Finanzdepartement - folgenden Text vor:

"Finanzielle Auswirkungen sind im übrigen auch im Sektor des Personals ²⁾, der Uebermittlungs- und der Dienstreisekosten zu erwarten. Nach unseren Berechnungen werden in diesem Bereich Kosten in der Höhe von ungefähr 3 Mio Schweizerfranken ³⁾ jährlich anfallen. Dieser Betrag, der frühestens im Finanzplan von 1984 zu berücksichtigen wäre, würde die Aufwendungen für rund dreissig zusätzliche Arbeitskräfte unter Einschluss der Arbeitsplatzkosten, für die personelle Verstärkung der Mission in New York während der Generalversammlung der UNO, zusätzliche Dienstreisen von und nach New York, die Teilnahme des Vorstehers des Departements für auswärtige Angelegenheiten an der Generaldebatte in der Generalversammlung sowie für eine ständige Telexverbindung zwischen Bern und New York umfassen."

Die beiden Fussnoten auf Seite 145 waren irrtümlich in der falschen Reihenfolge aufgeführt. Ausserdem sollten auf Wunsch des Finanzdepartements die neue Fussnote 1) anders formuliert und eine zusätzliche Fussnote 3) aufgeführt werden, so dass die Fussnoten richtig heissen:

"1) Aufgrund der Rechnung der UNO für 1980 beziffern sich diese Beiträge zu einem Umrechnungskurs von 1,80 Schweizerfranken pro Dollar auf insgesamt 2,5 Mio Schweizerfranken.

2) Vgl. dazu Abschnitt 62.

3) Die diesbezüglichen Berechnungen beruhen auf den Preisen und Löhnen 1981."

32 Auswirkungen auf den Personalbestand: Wir sind einverstanden damit, dass in Uebereinstimmung mit der vom Bundesrat am 28. Oktober 1981 festgelegten Haltung im jetzigen Stadium kein konkreter Beschluss in der Frage der Erhöhung des Personalbestandes beantragt wird. Wir stimmen daher zu, anstelle der jetzigen Ziffer 62 der Botschaft folgenden Text zu setzen:

- 5 -

"Wir werden der Bundesversammlung zu gegebener Zeit einen Antrag zur Erhöhung des Personalbestandes unterbreiten."

Ausserdem werden wir den Beschlusentwurf über die Erhöhung des bewilligten Personalbestandes im Botschaftstext weglassen.

4 Mitbericht des Volkswirtschaftsdepartements vom 2. November 1981

Wir sind mit den in diesem Mitbericht vorgeschlagenen textlichen Aenderungen einverstanden und werden ihnen in der Botschaft Rechnung tragen.

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT
FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN



Pierre Aubert

LT 17. Nov. 81 16

Beilagen

- Erklärung des Bundesrates nach der Verabschiedung der Botschaft über den Beitritt der Schweiz zu UNO (deutsch und französisch)
- Historischer Ueberblick

E N T W U R F

11. November 1981

Erklärung des Bundesrates nach der
Verabschiedung der Botschaft über den
Beitritt der Schweiz zur UNO

Der Bundesrat hat heute die Botschaft über den Beitritt der Schweiz zur UNO verabschiedet. Damit beantragt er den eidgenössischen Räten, dem Beitritt unseres Landes zur Weltorganisation zuzustimmen. Die endgültige Entscheidung wird dann bei Volk und Ständen liegen, die gemäss der Bundesverfassung obligatorisch über diese Frage abzustimmen haben.

Der Beitritt zur UNO ist ein wichtiger Schritt zur Normalisierung unserer Beziehungen mit der Weltorganisation und damit zur Festigung und zum Ausbau unseres Verhältnisses zur Staatengemeinschaft. Wenn der Bundesrat diesen Schritt heute vorschlägt, so tut er dies nach reiflicher Ueberlegung und aufmerksamer Verfolgung der wesentlichen Entwicklungen. Nicht nur hat 1945 und 1976 je eine von ihm eingesetzte beratende Kommission die Frage des UNO-Beitritts gründlich untersucht. Der Bundesrat selbst hat in drei detaillierten Berichten an die Bundesversammlung von 1969, 1971 und 1977 alle Aspekte unseres Verhältnisses zu den Vereinten Nationen und ihren Spezialorganisationen eingehend dargestellt und ist schon 1977 zum Schluss gekommen, dass ein Beitritt zur UNO wünschbar sei. Die eidgenössischen Räte stimmten dem zu, und der Nationalrat ersuchte den Bundesrat sogar, ihm "zum nächstmöglichen geeigneten Zeitpunkt" die entsprechende Botschaft vorzulegen.

Dass der Bundesrat den Zeitpunkt für diesen Schritt nun für gekommen erachtet, liegt in den weltpolitischen Wandlungen seit 1945 und ihren Auswirkungen auf die Vereinten Nationen begründet, denen die Schweiz als Glied der Staatengemeinschaft im Interesse ihrer eigenen Sicherheit Rechnung tragen muss.

Die zunehmende Verflechtung und Interdependenz der Staaten sowie der globale Charakter vieler Probleme erfordern eine weltweite Zusammenarbeit zur Erzielung gemeinsamer Lösungen. Aus diesem Grund hat die multilaterale Diplomatie in den vergangenen Jahren einen bisher nie gekannten Aufschwung genommen. Ihr wichtigstes Instrument und zugleich Mittelpunkt der entsprechenden Bemühungen sind die Vereinten Nationen. Sie stellen den minimalen Ordnungsrahmen in einer von Spannungen und Konflikten gezeichneten Welt dar.

Die UNO, mit der wir uns in den achtziger Jahren auseinanderzusetzen haben, ist nicht mehr dieselbe wie 1945 bei ihrer Gründung. Sie hat sich im Zuge der weltpolitischen Veränderungen - als Instrument der internationalen Politik und als Spiegel der jeweiligen Weltlage - stark gewandelt. Ursprünglich als Koalition der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges konzipiert, die beabsichtigten, mit kollektiven Zwangsmassnahmen den Weltfrieden zu erhalten, ist die UNO heute das Forum der weltumfassenden Zusammenarbeit schlechthin. Im Verlauf des Kalten Krieges zeigte es sich, dass das in der Charta verankerte, von der Uebereinstimmung der Grossmächte abhängige Sanktionensystem weitgehend unwirksam blieb; militärische Zwangsmassnahmen sind nie angewandt worden. Die Existenz der Nuklearwaffen hat zudem zu einer Veränderung der Konflikte geführt, welche die Entwicklung neuer Methoden der Friedenssicherung erforderte. Mit dem Einsatz von Beobachtern, Vermittlern und Blauhelmtruppen schuf die UNO ein auf Freiwilligkeit beruhendes Instrument, mit dem sie die Vorbedingungen für eine friedliche Konfliktlösung schafft und allenfalls an dieser Lösung mitwirkt.

Die wichtigste Wandlung der UNO ist indessen in der erreichten Universalität sowohl hinsichtlich ihrer Mitglieder als auch ihrer Aufgaben zu sehen. Die anfängliche Skepsis gegenüber den neutralen Staaten verschwand sehr bald. Bereits 1946 wurde Schweden in die

Organisation aufgenommen; Oesterreich und Finnland folgten 1955. Die von der UNO massgeblich geförderte Entkolonisierung führte zur Entstehung von rund hundert neuen Staaten, die heute die Dritte Welt bilden und alle der UNO beigetreten sind. Für sie bedeutet die Aufnahme in die Weltorganisation nicht zuletzt eine Bestätigung ihrer eben erst erlangten Souveränität und oftmals den Eintritt ins internationale Leben überhaupt. Die definitive Ueberwindung der ursprünglichen Konzeption der UNO als Allianz der Sieger des Zweiten Weltkrieges kam jedoch durch die Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UNO im Jahre 1973 zum Ausdruck. Mit Erreichung dieser Universalität ist die UNO praktisch identisch geworden mit der Staatengemeinschaft. Wer der UNO nicht angehört, läuft Gefahr, sich von der Staatengemeinschaft abzusondern.

Parallel zu dieser Entwicklung hat sich auch der Aufgabenkreis der Vereinten Nationen ausgedehnt. Die zentrale Aufgabe der UNO ist die Friedenssicherung. Der Weltfrieden und die internationale Sicherheit werden jedoch nicht allein durch bewaffnete Konflikte, sondern auch durch wirtschaftliche und soziale Probleme gefährdet. Aus dieser Erkenntnis heraus erstreckt sich die Tätigkeit der UNO heute auf alle Fragen der internationalen Zusammenarbeit im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen, kulturellen und humanitären Bereich.

Der Beitritt der Schweiz zur UNO ist vor diesem Hintergrund zu würdigen. Die Entwicklungen der UNO zeigen, dass eine schweizerische Mitgliedschaft heute nicht nur möglich, sondern notwendig geworden ist.

Erster Zweck der Schweizerischen Eigenossenschaft ist gemäss der Bundesverfassung die Behauptung ihrer Unabhängigkeit gegen aussen. Oberstes Ziel der Aussenpolitik ist somit die Sicherung der Existenz der Schweiz als unabhängiger Staat und ihre Anerkennung als gleich-

berechtigtes Mitglied der Staatengemeinschaft. Die wichtigsten Mittel, um zu diesem Ziel zu gelangen, sind die dauernde und bewaffnete Neutralität und die Solidarität mit der Völkergemeinschaft.

In Anbetracht der noch stets zunehmenden Interdependenz muss die Schweiz ihre Aussenpolitik weltweit ausrichten und sie so führen, dass den Erfordernissen der Zukunft schon heute Rechnung getragen wird. Selbstverständlich ist die Schweiz entschlossen - und der Bundesrat erklärt dies in aller Form -, auf jeden Fall an ihrer dauernden und bewaffneten Neutralität festzuhalten und sich auch weiterhin an die traditionellen Grundsätze ihrer Aussenpolitik zu halten. Sie wird dies anlässlich ihres Beitritts ausdrücklich erklären. Die Erfahrungen mit der Auslegung der Charta und der mehr als dreissigjährigen Praxis der Organisation haben gezeigt, dass eine Mitgliedschaft mit der Neutralität vereinbar ist. Doch nicht nur das: die neutralen Mitgliedstaaten haben der UNO in der Vergangenheit gerade wegen ihrer Neutralität immerwieder ihre Dienste zur Verfügung stellen können. Das Beispiel dieser Staaten zeigt deutlich, dass die Schweiz als Mitglied der UNO in der Ausübung ihrer traditionellen Tätigkeit der Guten Dienste nicht eingeschränkt würde, sondern sich im Gegenteil auf diesem Gebiet noch besser entfalten könnte.

Im Sinne einer Weiterentwicklung unserer bewährten Aussenpolitik entspricht die Mitgliedschaft immer mehr einer Notwendigkeit. Das wesentlichste Element unserer Politik der Solidarität ist unsere Mitwirkung an der internationalen Zusammenarbeit, mit der die Mitverantwortung der Schweiz für das Schicksal der Welt zum Ausdruck gebracht wird. Wie jeder andere Staat sollten deshalb auch wir in der UNO unseren Beitrag zur Verbesserung der internationalen Beziehungen sowie zur Lösung der weltweiten Probleme leisten und damit an der Gestaltung einer friedlicheren und menschenwürdigeren

Zukunft mitwirken. Dadurch, dass wir uns freiwillig von der UNO fernhalten, laufen wir Gefahr, uns zu isolieren. Dies kann nicht in unserem Interesse liegen. Der Uebergang von der gegenwärtigen Beobachterstellung zu einer aktiven, gleichberechtigten Teilnahme an der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit in der UNO ist daher ein Gebot der Vernunft. Wir können damit die Nachteile der heutigen begrenzten Mitwirkung überwinden, ermöglichen uns selbst eine bessere Interessenwahrung sowie eine authentische Darstellung unserer Politik gegenüber der Staatengemeinschaft. Dies gilt umso mehr als wir in unserer Teilnahme an der internationalen Zusammenarbeit seit jeher eine Alternative zu unserem Abseitsstehen von den machtpolitischen Auseinandersetzungen gesehen haben. Wir sollten uns als Mitglied der UNO als fähig erweisen, unsern Grundsätzen treu zu bleiben, sie aber auch in einer gewandelten Welt angemessen zu entfalten.

11 novembre 1981

Déclaration du Conseil fédéral
après l'acceptation du message concernant
l'adhésion de la Suisse à l'Organisation
des Nations Unies (ONU)

Le Conseil fédéral a accepté aujourd'hui le message concernant l'adhésion de la Suisse à l'Organisation des Nations Unies (ONU). Il propose aux Chambres fédérales d'approuver l'adhésion de notre pays à l'organisation mondiale. La décision définitive appartient en dernière instance au peuple et aux cantons, qui doivent obligatoirement se prononcer sur cette question, conformément à la Constitution fédérale.

L'adhésion à l'ONU est un acte important pour la Suisse, qui lui permettra de normaliser ses rapports avec l'organisation mondiale, et par là de consolider et développer ses relations avec la communauté internationale. Après mûre réflexion et après avoir suivi tous les développements de la question, le Conseil fédéral propose aujourd'hui de franchir le pas. En 1945 et 1976, il a créé deux commissions d'experts qui ont étudié à fond le problème de l'adhésion. En 1969, 1971 et 1977, il a lui-même présenté de façon exhaustive dans trois rapports à l'Assemblée fédérale tous les aspects de nos relations avec les Nations Unies et les institutions spécialisées. En 1977 déjà, il est arrivé à la conclusion que l'adhésion à l'ONU était souhaitable. Les Chambres fédérales ont pris acte de cette conclusion et le Conseil national a même invité le Conseil fédéral à lui présenter "dans les meilleurs délais possibles" un message sur l'adhésion.

Il est temps pour la Suisse de franchir ce pas; la Suisse en tant que membre de la communauté des Etats doit, dans l'intérêt même de sa sécurité, tenir compte de l'évolution du monde depuis 1945 et de ses conséquences sur les Nations Unies.

L'interdépendance croissante des Etats et le caractère universel et global de beaucoup de problèmes appellent des solutions communes et la coopération de tous les Etats. C'est pourquoi la diplomatie multilatérale a pris au cours de ces dernières années un essor sans précédent dans l'histoire. Les Nations Unies constituent à la fois son principal instrument et le centre où s'harmonisent les efforts des nations vers des fins communes. Elles représentent le fondement d'un ordre international dans un monde encore déchiré par les conflits et les tensions.

L'ONU que nous connaissons aujourd'hui apparaît bien différente de ce qu'elle était en 1945, à l'époque de sa fondation. Elle a subi fortement les effets de l'évolution d'un monde dont elle est à la fois l'émanation et l'instrument politique. Conçue à l'origine comme une coalition des vainqueurs de la dernière guerre mondiale, dans le but de maintenir la paix par des mesures collectives de coercition, l'ONU est devenue aujourd'hui le centre de la coopération mondiale. Il s'est avéré, au cours de la guerre froide, que le système des sanctions prévu par la Charte n'a guère fonctionné en raison du désaccord des grandes puissances. L'ONU n'a jamais appliqué de sanctions militaires. L'existence de l'arme nucléaire a d'ailleurs transformé la nature des conflits et a conduit l'ONU à concevoir de nouvelles méthodes de maintien de la paix telles que l'envoi de missions de médiation ou d'observation et de contingents de Casques bleus. L'ONU a créé ainsi un instrument fondé sur une base volontaire qui peut créer les conditions préalables à un règlement pacifique ou contribuer à la recherche d'un tel règlement.

La transformation la plus importante de l'ONU réside certainement dans l'universalité qu'elle a atteinte, tant en ce qui concerne ses membres que ses activités. Le scepticisme qui existait à l'égard des Etats neutres a disparu très rapidement. En 1946 déjà,

- 3 -

la Suède a été admise au sein de l'Organisation. L'Autriche et la Finlande l'ont suivie en 1955. L'ONU a favorisé le processus de décolonisation, qui allait conduire à la création d'une centaine de nouveaux Etats, qui forment aujourd'hui le Tiers monde et sont tous devenus membres de l'ONU. Pour ces pays, l'adhésion à l'ONU confirme leur accession à l'indépendance récemment acquise et elle marque souvent leur entrée sur la scène internationale. En devenant universelle, l'ONU se confond pratiquement avec la communauté des Etats; celui qui n'appartient pas à l'organisation mondiale court le risque de s'isoler de cette communauté.

Les progrès de l'ONU vers l'universalité sont allés de pair avec le développement de ses activités. La tâche centrale de l'ONU est le maintien de la paix. Mais ce ne sont pas seulement les conflits armés qui menacent la paix et la sécurité internationales, ce sont aussi les problèmes économiques et sociaux. Il découle de cette constatation que les activités de l'ONU s'étendent aujourd'hui à l'ensemble de la coopération internationale dans les domaines politique, économique, social, juridique, culturel et humanitaire.

C'est à la lumière de ces développements qu'il convient de juger de l'adhésion de la Suisse à l'ONU. L'évolution de l'ONU montre que désormais l'adhésion n'est pas seulement possible, mais qu'elle est devenue nécessaire.

Selon la Constitution fédérale, le but suprême de la Confédération est d' "assurer l'indépendance de la patrie". Le premier objectif de notre politique étrangère est donc de préserver l'existence de la Suisse en tant qu'Etat indépendant et de veiller à ce qu'elle soit reconnue membre à part entière de la communauté des Etats. La neutralité permanente et armée ainsi qu'une politique de solidarité

./.

envers les autres peuples sont les principaux moyens permettant de parvenir à cet objectif.

En raison de l'interdépendance croissante des Etats, la Suisse doit concevoir sa politique étrangère dans un cadre mondial et une perspective à long terme. Cela étant, le Conseil fédéral tient à déclarer ici avec toute la clarté désirable que la Suisse a la ferme volonté de maintenir dans tous les cas sa neutralité permanente et armée et de suivre les principes éprouvés de sa politique étrangère. Elle le déclarera expressément lors de l'adhésion. L'expérience de plus de trente années d'interprétation et d'application de la Charte a montré que la participation à l'ONU est compatible avec la neutralité. De surcroît, la pratique montre que les Etats neutres membres de l'ONU peuvent rendre des services à l'Organisation précisément en raison de leur statut de neutralité. L'exemple de ces Etats indique clairement que la Suisse, si elle était membre de l'ONU, ne devrait nullement limiter ses activités traditionnelles de bons offices; au contraire, elle pourrait encore mieux les développer.

Si nous voulons poursuivre notre politique étrangère selon les principes qui ont fait leur preuve, l'adhésion répond à une nécessité. La participation à la coopération internationale constitue le principal élément de notre politique de solidarité, car elle est le moyen de témoigner notre volonté d'assumer notre part de responsabilité à l'égard du destin de l'humanité. Comme tout pays, la Suisse devrait contribuer elle aussi, dans le cadre de l'ONU, au développement pacifique des relations internationales et à la solution des problèmes fondamentaux de notre époque, afin d'assurer un avenir plus sûr et plus digne. Notre absence volontaire de l'ONU nous fait courir le risque d'un isolement qui ne peut que desservir nos intérêts. La raison nous commande donc de prendre une part entière à la coopération politique, économique

- 5 -

et sociale qui se déroule au sein de l'ONU. Nous pourrions ainsi mettre fin aux inconvénients qui résultent pour nous, aujourd'hui, du caractère incomplet de notre participation à la coopération internationale. Nous serons en mesure de mieux défendre nos intérêts et de donner nous-mêmes à la communauté des Etats l'interprétation authentique de notre politique. Ceci vaut d'autant plus que nous avons toujours considéré que notre participation à la coopération internationale représente une alternative à notre volonté de ne pas nous mêler des conflits politiques entre les puissances. L'adhésion à l'ONU apporterait en définitive la preuve que la Suisse est capable de s'adapter à des circonstances changeantes, tout en respectant et en continuant d'appliquer les principes de politique étrangère auxquels elle entend rester fidèle comme par le passé.

HISTORISCHER UEBERBLICK

24. Oktober 1945 Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945 tritt in Kraft.

1945 Die vom Bundesrat eingesetzte Konsultativkommission, die unter dem Vorsitz von Bundesrat Max Petitpierre tagt, vertritt aufgrund eines Expertenberichts vom 14. November 1945 die Ansicht, die Schweiz sollte der UNO beitreten, sofern die Organisation bereit sei, die schweizerische Neutralität anzuerkennen.

1946 Der Bundesrat sieht vorderhand von einem Beitritt ab und stellt gleichzeitig ein Dreipunkteprogramm auf, wonach die Schweiz die Tätigkeit der Vereinten Nationen genau verfolgen, dem Statut des Internationalen Gerichtshofes und den Spezialorganisationen beitreten sowie die Niederlassung der Vereinten Nationen auf ihrem Gebiet erleichtern sollte.

1965 Interpellation Furgler und Hubacher betreffend Ueberprüfung der Aussenpolitik (inklusive Verhältnis der Schweiz zur UNO).

1966 Im Geschäftsbericht von 1965 hält der Bundesrat fest, er sei nach wie vor der Meinung, "dass die

Frage eines allfälligen Beitritts der Schweiz [zur UNO] weiterhin fortlaufend zu prüfen ist". Die Debatte über diesen Passus im Nationalrat gibt Bundesrat Spühler am 16. Juni 1966 Gelegenheit, ausführlich über die Entwicklung der Vereinten Nationen in den 20 Jahren ihres Bestehens Auskunft zu geben und darzulegen, inwiefern dadurch die Möglichkeit eines Beitritts der Schweiz unter Wahrung der Neutralität berührt werden könnte.

28. Februar 1967 Postulat Bretscher (Mitunterzeichner: Konzett, Dürrenmatt, Eggenberger und Furgler), in welchem der Bundesrat ersucht wird, in einem Bericht das Verhältnis zu den Vereinten Nationen darzulegen.
16. Juni 1969 Bericht des Bundesrates über das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen (erster UNO-Bericht). Ergebnisse der eingehenden Analyse zeigen, dass ein Beitritt der Schweiz zur UNO möglich und nützlich wäre. Die Eidgenössischen Räte stimmen dem Vorschlag des Bundesrates zu, periodisch über die Tätigkeit der UNO und ihrer Spezialorganisationen zu berichten.
17. November 1971 Bericht des Bundesrates über das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen und ihren Spezialorganisationen für die Jahre 1969 - 1971 (zweiter UNO-Bericht). Schlussfolgerungen heben hervor, wie bedeutsam die Entwicklung der UNO zu einer universellen Organisation für unser Verhältnis zu ihr und in diesem Zusammenhang für unsere Neutralitätspolitik ist. Der Bundesrat

schlägt vor, eine beratende Kommission mit der Prüfung unserer Beziehungen zur UNO zu betrauen.

28. August 1973

Der Bundesrat beschliesst die Konstituierung der beratenden UNO-Kommission. Die Aufgabe der aus 50 Mitgliedern zusammengesetzten und unter dem Vorsitz von alt Ständerat Dr. Eduard Zellweger tagenden Kommission besteht darin, "allen interessierten Kreisen und Strömungen der öffentlichen Meinung die Möglichkeit zu geben, sich in aller Freiheit über die Form zu äussern, die in Zukunft unsere Beziehung zur UNO erhalten sollten."

26. Februar 1976

Die Kommission überreicht ihren Bericht sowie zwei von Minderheiten verfasste Zusatzdokumente. Im Auftrag des Bundesrates wird der Bericht am 29. Juni 1976 veröffentlicht. Die grosse Mehrheit der Kommission befürwortet den Beitritt der Schweiz zur UNO und führt als wesentlichen Grund für ihre Auffassung die praktisch verwirklichte Universalität der Organisation an.

29. Juni 1977

Bericht des Bundesrates über das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen und ihren Spezialorganisationen für die Jahre 1972 - 1976 (dritter UNO-Bericht). Der Bundesrat gelangt zum Schluss, dass ein Beitritt der Schweiz zur UNO wünschbar ist. Er stellt in Aussicht, den Eidgenössischen Räten in nicht allzu ferner Zukunft zu beantragen, die Frage Volk und Ständen zu unterbreiten und vor der entsprechenden Botschaft keinen neuen Bericht mehr vorzulegen. Der Nationalrat nimmt am 5. Dezember 1977 in zustimmendem Sinne Kenntnis von diesem Bericht. Darüber hinaus spricht

er die Erwartung aus, "dass der Bundesrat, gestützt auf die in diesem Bericht enthaltenen Erwägungen und Schlussfolgerungen, den Räten zuhanden von Volk und Ständen im nächstmöglichen geeigneten Zeitpunkt Botschaft und Antrag betreffend den Beitritt der Schweiz zur UNO unterbreiten wird." Am 17. Januar 1978 folgt der Ständerat dem Antrag seiner Kommission für auswärtige Angelegenheiten, die vorgeschlagen hat, in zustimmendem Sinne vom Bericht des Bundesrates Kenntnis zu nehmen.

28. März 1979

Der Bundesrat beauftragt das Departement für auswärtige Angelegenheiten mit der Ausarbeitung der Botschaft über den Beitritt der Schweiz zur UNO.

16. Januar 1980

Der Bundesrat stellt in seinem Bericht über die Richtlinien der Regierungspolitik die Botschaft für die Legislaturperiode 1979 - 1983 in Aussicht und räumt dem Beitritt zur UNO unter den Vorhaben unserer Aussenpolitik erste Priorität ein. Er figuriert damit unter den Schwerpunkten der laufenden Legislaturperiode. In seinem Zwischenbericht vom 5. Oktober 1981 kündigt der Bundesrat die Botschaft erneut an.

1981

Verabschiedung der Botschaft über den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO) durch den Bundesrat.